

Das Jahr vor dem Fall

von

Heiner Flassbeck

WuM, Januar 2006

Hochmut, sagt der Volksmund, kommt vor dem Fall. Genauso wird es der großen Koalition ergehen. In diesem Jahr wird die deutsche Wirtschaft einige Infusionen bekommen, aus der Intensiv- in die Normalstation verlegt werden und die Ärzte werden jubeln. Mit hohem Mute werden sie behaupten, dass der Patient nun auch die für Anfang 2007 vorgesehene schwere Operation überleben wird. Das wird sich allerdings als falsche Prognose erweisen. Die behandelnden Ärzte haben nämlich übersehen, dass die vorübergehende Besserung lediglich die Folge der Infusion war, deren Wirkung genau am 1. Januar 2007 nachlässt.

Doch der Reihe nach. Schaut man sich aktuelle Diagnosen des Patienten an, ist der Befund eindeutig: Weiterhin katastrophale Binnenmarktwerte und extrem gute Exportwerte. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von Ende November sind etwa im dritten Quartal des vergangenen Jahres die Exporte um, sage und schreibe, 8,4 % in realer Rechnung gegenüber dem Vorjahr gestiegen, während der private Verbrauch auf der Nulllinie verharrte. Im Durchschnitt ergibt sich daraus weiterhin ein anämisches Wachstum von etwa einem Prozent, mit dem sich die Situation am Arbeitsmarkt nicht verbessern lässt.

Das spiegelt sich in dem schon bekannten Muster bei den Einkommen nieder: Die Gewinne der Unternehmen explodieren, die Entgelte der Arbeitnehmer sinken absolut. Zwar hat die nunmehr schon fast zwei Jahre anhaltende Gewinnexplosion inzwischen für eine ganz leichte Belebung bei den Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen gesorgt, verglichen mit den hochfliegenden Erwartungen, die in eine solche Variante gesetzt wurden, ist die Investitionskonjunktur lächerlich schwach. Von zusätzlicher Beschäftigung durch Investitionen oder dem Übergang zu einer beschäftigungsintensiven Produktionsweise ist trotz der sich beschleunigenden Lohnkürzung nicht die Rede.

Die Regierung und viele professionelle Beobachter erwarten nun endlich den Aufschwung, auf den Deutschland seit mindestens drei Jahren wartet. Was sie immer noch nicht verstanden haben: Dieser Aufschwung kann und wird nicht kommen ohne eine fundamentale Wende in der Lohnpolitik. Ohne die Rückkehr zu realen Lohnsteigerungen, die in der Nähe des Produktivitätszuwachses liegen, gibt es keinen Aufschwung. Aufschwung heißt, dass die Masse der Menschen erwarten kann, dass ihre Realeinkommen auch auf mittlere Frist wieder mit der Leistungsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft zunehmen. Diese Erwartung nimmt ihnen jeder, der Beamtengehälter kürzt, Rentenstagnation über viele Jahre vorhersagt oder die Lohnnebenkosten (was nichts anderes heißt, als die Lohnkosten generell) zum größten Problem der deutschen Wirtschaft hochstilisiert.

Hinzu kommt, die unglaublich gute Außenhandelskonjunktur der vergangenen beiden Jahre hat gezeigt, dass mit ein bisschen Verzögerung bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen kein Aufschwung in Gang gesetzt werden kann. Dazu reichen die Mittel, die der Staat in die Hand nimmt, niemals aus. Der Impuls für die Wirtschaft durch die gewaltige Zunahme der

Außenhandelsüberschüsse in den vergangenen beiden Jahren überstieg bei weitem den Effekt, den der Staat für 2007 plant. Gebracht hat dieses gewaltige Konjunkturprogramm - finanziert durch die zusätzliche Verschuldung des Auslandes - nichts, weil es nicht auf die Masseneinkommen durchschlug, sondern nur die Gewinne der Unternehmen explodierte.

Noch einmal auf eine weitere Steigerung des Außenhandelssaldos zu setzen, ist aber mehr als gewagt, weil das unterstellt, die Menschen und Unternehmen im Ausland seien bereit, ihre ohnehin hohe Verschuldung gegenüber Deutschland in noch schnellerem Tempo zu erhöhen. So bleibt für 2006 nur ein kurzer Scheinaufschwung. Viele Konsumenten werden im Vorgriff auf die steigende Mehrwertsteuer im zweiten Halbjahr 2006 alle dauerhaften Konsumgüter kaufen, die sie in den nächsten drei Jahren sowieso angeschafft hätten. Folglich wird der Einbruch Anfang 2007 gewaltig sein.

Da 2006 kein wirklicher Aufschwung in Gang gekommen ist und 2007 denkbar schlecht beginnt, führt die Konsolidierungswut der Regierung wie schon bei Eichel dazu, dass sich der Abschwung verschärft, die Steuereinnahmen sinken, die Staatsausgaben wegen steigender Arbeitslosigkeit zunehmen und die Staatsverschuldung entgegen aller Beteuerungen nicht sinkt, sondern weiter zunimmt. Dann wird sich entscheiden, ob es eine „moralische Aufgabe ist, die Haushalte zu konsolidieren“, oder ob gesamtwirtschaftliche Logik über scheinbare Moral siegt. Zunächst mag die Scheinmoral siegen, am Ende wird sich ohne Zweifel die Logik durchsetzen; viele arme Menschen werden aber den Scheinsieg der Scheinmoral bitter bezahlen müssen.

Wie kann man erklären, dass immer noch von Spitzenpolitikern die „Moral“ der Staatsverschuldung beschworen wird, obwohl schon die innere Logik dieser Moral geradezu lächerlich ist? Als moralisch gilt es, zukünftige Generationen nicht mit Schulden zu belasten. Nur, mehr Staatsverschuldung belastet zukünftige Generationen überhaupt nicht. Für jeden Euro, den der Staat als Verschuldung verbucht, entsteht nämlich eine Forderung eines Inländers gegenüber dem Staat in Höhe von genau einem Euro. Das heißt, wir vererben die staatlichen Verbindlichkeiten an zukünftige Generationen, wir vererben aber auch die dem notwendigerweise gegenüber stehenden Forderungen an zukünftige Generationen. Deren Vermögensposition ist vollkommen unabhängig von der Höhe der staatlichen Verschuldung.

Dass Juristen einen solchen Zusammenhang nicht verstehen können, ist nachvollziehbar, weil Juristen in der Regel überhaupt nicht verstehen, dass es gesellschaftliche Zusammenhänge gibt, die nicht in Gesetzestexten stehen. Ich hatte gehofft, dass gelernte Naturwissenschaftler versuchen, solche grundlegenden Zusammenhänge zu verstehen, bevor sie die Moral bemühen. Doch wieder war der populäre Irrglaube schneller als die gesamtwirtschaftliche Logik. Nicht nur Hochmut, auch Irrtum kommt vor dem Fall.